

Rede der Drogenbeauftragten der Bundesregierung Marlene Mortler
am 11. Mai 2016

Ausschuss für Gesundheit am 11. Mai 2016 zur Sondersitzung der VN
Generalvollversammlung (UNGASS) zur Weltrogenproblematik vom
19.-21. April 2016

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

- ich danke Bündnis 90 / Die Grünen für die Bitte um diesen Tagesordnungspunkt: Soviel Selbsteinsicht hatte ich gar nicht erwartet. Aber es stimmt: Die Kollegen von Bündnis 90 / Die Grünen und der LINKEN müssen über internationale Politik noch viel lernen.

- Ich zitiere aus Ihrer Pressemitteilung zur UN-Konferenz: "Die Bundesregierung stellt sich den notwendigen Reformen in der internationalen Drogenpolitik in den Weg."

Wer das behauptet, der weiß wirklich wenig über die Gemengelage in der internationalen Drogenpolitik.

- Der Kollege Terpe hat der deutschen Delegation sogar unterstellt, sie habe es sich – ich zitiere - „in den UN Sesseln bequem“ gemacht.

Ich habe Ihnen ein Foto mitgebracht: Sie können diese Sessel gern mit Ihrer komfortablen Oppositionsbank hier im Ausschuss zu vergleichen.

Abgesehen davon ist Ihre Aussage in Anbetracht des enormen Engagements vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesministerien in der

Vorbereitungsphase, bei der CND in Wien und am Ende in New York eine echte Unverschämtheit. Diese Missachtung hat viele der Kolleginnen und Kollegen aus den Häusern wirklich geärgert! Zu Recht!

- Zur Sache: Wo kommen wir her?

Im Abschlussdokument der letzten UN-Sonderkonferenz zur Drogenproblematik im Jahr 1988 wurde als gemeinsames Ziel eine Welt ohne Drogen propagiert. Es ging darum, mit allen Mitteln gegen den Anbau und den Handel vorzugehen. Viele Staaten – nicht jedoch Deutschland – kämpften einen wahren Krieg gegen die Drogen. Einen Krieg, den sie nicht gewinnen konnten. Mit Folgen, die den Ländern nicht gut getan haben.

- Deutschland hat im Vorfeld von UNGASS hart um ein Abschlussdokument gerungen,
 - das sich vom letzten signifikant unterscheidet,
 - das einen ausgewogenen und breiten Ansatz in der Drogenpolitik propagiert und
 - das – so wie wir hier in Deutschland Drogenpolitik verstehen - darauf ausgerichtet ist, die Schäden, die durch den Konsum der Drogen entstehen, zu reduzieren.
- Davon haben wir sehr viel erreicht. Hier nur einige Beispiele:
 - Ein Bekenntnis zur Förderung von gesundheitspolitischen Maßnahmen und der Unterstützung der Schadensminimierung;

- Das wechselseitige Versprechen, alternative Entwicklungsmöglichkeiten in den Anbauländern zu fördern;
 - die Anerkennung der neuen Herausforderungen durch Neue Psychoaktive Substanzen und den Internethandel: Weil wir so die Möglichkeit haben, gemeinsam zu forschen und unsere Erkenntnisse auszutauschen.
 - eine starke Sprache zu Menschenrechten
 - sowie eine explizite Forderung nach Proportionalität von Strafen für Drogendelikte.
- Selbst habe ich in New York noch einmal zum Ausdruck gebracht,
 - dass wir natürlich eine wirkungsvolle Strafverfolgung gegen den Drogenhandel, gegen Geldwäsche und Korruption benötigen - noch besser vernetzt als bisher und international genauer aufeinander abgestimmt,
 - dass wir die Drogenproblematik aber definitiv allein mit polizeilichen Mitteln nicht lösen werden: Drogenpolitik muss den Menschen und die öffentliche Gesundheit in den Mittelpunkt stellen. Abhängigkeit ist kein moralisches Fehlverhalten, sondern eine Krankheit, die erfolgreich behandelbar ist, im Einklang mit den Menschenrechten.
 - Ich habe an jeder Stelle betont, dass wir in Deutschland mit Prävention, Beratung, Schadensreduzierung, Substitutionsbehandlung ausgezeichnete Erfahrungen gesammelt haben und man diesen Weg überall gehen sollte: weniger Kriminalität, weniger HIV, weniger Hepatitis.
 - Ich habe – gemeinsam mit allen EU-Vertretern und mit zahlreichen anderer Staaten (insgesamt 56 !) – klargestellt, dass

die Todesstrafe nie zum Instrumentarium einer menschenrechtsbasierten Drogenpolitik gehören kann.

- Ich habe zudem betont, dass Drogenpolitik um einen weiteren Baustein ergänzt werden muss: einen wirkungsvollen Ansatz für Alternative Entwicklung. Menschen, die vom Anbau von Drogenpflanzen abhängig sind, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, brauchen reale Alternativen; brauchen finanzielle Unterstützung, Hilfe zur Selbsthilfe. Deswegen haben der Bundesminister für wirtschaftliche Entwicklung und internationale Zusammenarbeit (BMZ) und ich ein neues Programm geschaffen, die „Global Partnership on Drug Policies and Development“.

Meine Damen und Herren,

- in New York gab es während der Sondersitzung der Generalvollversammlung eine Vielzahl von Side Events, in denen konkrete Projekte vorgestellt und diskutiert wurden. Auch Deutschland hat mehrere dieser Veranstaltungen organisiert und unterstützt und damit Schwerpunkte gesetzt:
 - so zur Alternativen Entwicklung, gemeinsam mit Thailand und UNODC
 - oder zum Thema Harm Reduction gemeinsam mit UNAIDS, dem International Harm Reduction network und der Regierung von Kenya, oder
 - oder zum Thema Prävention der HIV Infektionen unter Drogenkonsumenten, gemeinsam mit UNODC, der WHO, UNAIDS und den Regierungen der Schweiz, Norwegens und Kasachstans.

Meine Damen und Herren,

natürlich gab es auch Wehrmutstropfen:

- trotz erheblicher Anstrengungen ist es nicht gelungen, gegen eine Minderheit von Staaten wie Indonesien, China, Singapur, Saudi-Arabien oder Iran die Forderung einer Abschaffung der Todesstrafe für Drogendelikte im Dokument zu verankern;
- zwar wurden – was sehr positiv ist - die Inhalte von ‚Harm Reduction‘ Maßnahmen – wie Spritzenverteilungs- oder Substitutionsprogramme – im Text verankert, nicht aber der Begriff als solcher.
- Bemerkenswert war, dass bei allen Differenzen niemand die drei grundlegenden Suchtstoff-Übereinkommen der VN in Frage gestellt. Diese lassen vielen Spielraum für individuelle nationale Drogenpolitiken. Eine ihrer Kernaussagen lautet:

Kontrollierte Stoffe - etwa Cannabis oder Opiate – müssen zu medizinischen Zwecken genutzt werden dürfen, aber nicht zum Freizeitgebrauch – dort wären die möglichen Gesundheitsschäden unvertretbar hoch.

Meine Damen und Herren,

UNGASS war ein wichtiger Schritt zu einer vernünftigen Drogenpolitik; niemand gibt sich der Illusion hin, dass wir in 2019, dem nächsten Datum zur Überprüfung dieser Politik, eine drogenfreie Welt haben werden. Aber ich habe die Hoffnung, dass es eine Welt mit etwas weniger Leid durch Drogenanbau, Drogenhandel und Drogenkonsum sein wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!